

Beschlüsse

48. Vollversammlung | Hannover | 29.03.2025

- **Junge Menschen brauchen eine starke Demokratie - eine starke Demokratie braucht junge Menschen** – S. 2
- **Ganztagsanspruch ab 2026 - Nur gemeinsam mit der Jugendarbeit!**– S. 3
- **Förderung von Jugendbildungsstätten verbessern!**– S. 4
- **Die Brandmauer muss stehen!** – S. 5
- **Awareness** – S. 6
- **AfD-Parteiverbotsverfahren und Stärkung demokratischer Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus** – S. 7

Landesjugendring Niedersachsen e.V. Zeißstraße 13 30519 Hannover

Telefon 0511 5194510 E-Mail info@ljr.de Internet www.ljr.de

Vereinsregister Amtsgericht Hannover, Nr. 4479

Vertretungsberechtigter Vorstand: Regina Gehlisch, Nils Lüking, Ann-Marie Reimann, Johann Janssen

Bankverbindung: Hannoversche Volksbank, IBAN: DE36 2519 0001 0541 4415 00, BIC: VOHADE2H

Junge Menschen brauchen eine starke Demokratie – eine starke Demokratie braucht junge Menschen

Die aktuellen globalen und lokalen Krisen – insbesondere der Klimawandel, Kriege und deren mediale Präsenz sowie das Erstarken rechtsextremistischer Haltungen in der Gesellschaft – prägen das Aufwachsen junger Menschen in Niedersachsen. Vor diesem Hintergrund unterstreicht der Landesjugendring Niedersachsen die Rolle jugendverbandlicher Arbeit, um nachhaltige Impulse für eine demokratische und selbstbestimmte Jugend zu setzen.

Die Arbeit von Jugendverbänden als Werkstätten der Demokratie gilt es auszubauen und durch gesetzliche Rahmen verlässlich abzusichern. Die bestehenden Zusammenhänge zwischen abnehmendem oder nicht vorhandenem ehrenamtlichem Engagement und demokratieablehnenden Einstellungen verdeutlichen, dass es wichtig ist, Räume und Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen sich ehrenamtlich engagiert werden kann.

In den niedersächsischen Jugendverbänden werden nicht nur Räume geschaffen, in denen sich ehrenamtlich Engagierte durch das Übernehmen von Verantwortung entwickeln können, sie sind in erster Linie vor allem Räume für junge Menschen, um zusammen zu kommen. Eine der vielen Stärken der niedersächsischen Jugendverbände ist dabei die internationale Arbeit und das Hochhalten von Erinnerungskultur.

Dem wachsenden Problem der Vereinsamung junger Menschen kann durch den Ausbau jugendverbandlicher Angebote und Infrastruktur entgegengewirkt werden. Wie wichtig dies für unsere Demokratie ist, zeigt sich insbesondere darin, dass Studien aufzeigen, dass Einsamkeit gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit fördert. In Kombination mit den Aspekten außerschulischer Bildung und vor allem auch der politischen Bildung, die Jugendverbände vermitteln, schaffen es unsere Gruppen vor Ort, junge Menschen weniger empfänglich für Verschwörungsmythen und demokratiefeindliche Positionen zu machen. Die unmittelbare Beteiligung an der Ausgestaltung des Zusammenseins in den Jugendverbänden ermöglichen zudem ein Erleben von Selbstwirksamkeit, welches durch kaum eine andere Institution so nachhaltig geschehen kann.

Die Landespolitik ist in der Verantwortung, gemeinsam mit uns Jugendverbänden, den gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit aktiv zu begegnen. Durch die gezielte Stärkung demokratischer Werte und Beteiligungsrechten junger Menschen, die Unterstützung von Jugendverbänden und gezielte internationale Jugendbegegnungen im Rahmen von Erinnerungskultur, können junge Menschen in Niedersachsen zu aktiven Gestalter*innen ihrer Zukunft werden. Der Landesjugendring ruft die Landesregierung dazu auf, diese Perspektive aufzugreifen und damit einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der demokratischen Kultur und der Selbstwirksamkeit junger Menschen zu leisten.

Ganztagsanspruch ab 2026 - Nur gemeinsam mit der Jugendarbeit!

Ab dem Schuljahr 2026/2027 gilt in Deutschland ein Anspruch auf Ganztagsförderung für Kinder im Grundschulalter. Dieser Anspruch wurde auf der Bundesebene im SGB VIII verortet und richtet sich somit gegen die öffentlichen Träger der Jugendhilfe. Für die Arbeit der Jugendverbände in Niedersachsen ergeben sich dadurch Chancen und Herausforderungen:

Der weitere Ausbau der Betreuung im Nachmittagsbereich nimmt Einfluss auf die Gestaltung von regelmäßigen Angeboten wie Gruppenstunden o. Ä. In diesem Kontext begrüßen wir die bereits eingeführte Flexibilisierung der Abholzeiten, sodass Kindern auch weiterhin die Teilnahme an den freiwilligen Angeboten der Jugendverbandsarbeit ermöglicht wird.

Einige Jugendverbände engagieren sich bereits im Ganztagsangebot der Schulen. Für sie muss es auch weiterhin möglich sein, sich unter Wahrung des Prinzips der Freiwilligkeit im Ganztagsangebot einzubringen. Dazu braucht es unbürokratische Zugangsmöglichkeiten, eine Kooperation auf Augenhöhe zwischen Jugendverband und Schule, Unterrichtsfreistellungen für ehrenamtlichen Jugendleiter*innen und die Möglichkeit zur Nutzung von Verbandsräumlichkeiten für das Angebot des Jugendverbands.

Da künftig im Jahr nur noch 4 Wochen Schließzeit für die Ganztagsbetreuung vorgesehen sind, wird es auch deutliche Auswirkungen auf die Freizeitmaßnahmen in den Ferien geben. Nach aktuellem Stand sieht der Bund die Angebote der Jugendverbände als nicht rechtsansprucherfüllend an, da sie keiner Betriebserlaubnis bedürfen. Wir fordern hier ein Umdenken und wollen, dass Angebote von anerkannten freien Trägern der Jugendarbeit automatisch als rechtsansprucherfüllend gelten. Aus unserer Perspektive können die Ferienfreizeiten der Jugendverbände eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs bieten. Für die Freizeitangebote der Verbände darf eine Betriebserlaubnispflicht dabei aber nicht das Resultat sein.

Durch die Abschaffung der Gemeinnützigkeitsklausel im Ganztags-Erlass ist nun auch kommerziellen Trägern eine Beteiligung im Ganztagsangebot in Niedersachsen möglich. Mit Blick auf die Ergebnisse einer Recherche des SWR im Sommer 2024 zu Kinder- und Jugendschutzstandards in Freizeitangeboten kommerzieller Träger (vgl. <https://www.swr.de/unternehmen/kommunikation/pressemeldungen/vollbild-albtraum-ferienlager-2024-100.html>) fordern wir gleiche Standards und eine entsprechende Kontrolle auch von kommerziellen Trägern im Ganztagsbereich im Rahmen des Kinder- und Jugendschutzes.

Sowohl für das Engagement im Nachmittagsbereich als auch in den Ferien braucht es eine angemessene Förderung der Angebote. Dies kann nicht aus den jetzt schon knappen Mitteln gelingen, sondern braucht eine zusätzliche Förderung.

Förderung von Jugendbildungsstätten verbessern!

Die verbandlich wirkenden Jugendbildungsstätten in Niedersachsen stehen unter großem Druck: Deutliche Preissteigerungen bei Energie-, Lebensmittel- und Personalkosten führen dazu, dass unsere Häuser ihre Übernachtungspreise immer weiter anheben müssen. Die aktuelle Förderung von 50.000€ jährlich für unsere 33 Bildungsstätten reicht zudem nicht aus, um die notwendigen Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen durchzuführen. So hat sich in den Bildungsstätten ein Sanierungsstau von über 5 Mio. € ergeben. Zahlreiche Häuser stehen unter massivem finanziellem Druck und die ersten Häuser mussten bereits geschlossen werden.

Unsere Bildungsstätten sind als Veranstaltungsorte für viele unserer Maßnahmen eine zentrale Infrastruktur für die Jugendarbeit in Niedersachsen. Sie bieten Räume, Versorgung, Freiheiten und Möglichkeiten für die freie Entfaltung unserer Jugendverbandsarbeit. Junge Menschen kehren in unseren Maßnahmen immer wieder in diese Häuser zurück und werden so auch von diesen Orten geprägt. Dabei wirken die Bildungsstätten weit über ihre Standorte und Verbände hinaus und sind ein wichtiger Ort der Verbandsidentität. Eine Schwächung dieser zentralen Infrastruktur würde die Jugendarbeit in Niedersachsen schwer treffen.

Daher fordern wir insbesondere im Rahmen der Novellierung des Jugendförderungsgesetzes eine deutlich verbesserte Förderung unserer Jugendbildungsstätten. Es braucht deutlich mehr Mittel für die Förderung von Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen. Zudem muss auch eine Förderung der laufenden Betriebskosten ermöglicht werden, um die Häuser in die Lage zu versetzen, weiterhin kostengünstige und zielgruppenorientierte Übernachtungs- und Tagungsmöglichkeiten anzubieten.

Die Brandmauer muss stehen!

Mit großer Sorge blickt der Landesjugendring Niedersachsen e.V. auf den zurückliegenden Bundestagswahlkampf zurück. Die Sorgen junger Menschen vor zunehmendem Rechtsextremismus, der eigenen wirtschaftlichen Situation in Ausbildung und Studium und der unzureichenden Bekämpfung des Klimawandels wurden im Wahlkampf kaum berücksichtigt. Stattdessen wurden rechte Narrative und Themen von Parteien der demokratischen Mitte übernommen und reproduziert.

Am 29.01.2025 kam es im Deutschen Bundestag zu einem Dammbruch: Erstmals wurde ein Antrag mit Stimmen der als rechtsextremistischen Verdachtsfall eingestuften AfD im Bundestag angenommen. Die CDU-Fraktion hatte ihren Antrag zur Begrenzung der Migration zur Abstimmung gestellt, obwohl eine Mehrheit in Abhängigkeit von der AfD absehbar war.

Der Vorschlag eines „faktischen Einreiseverbots“, das ausdrücklich auch für Personen mit Schutzanspruch gelten soll, untergräbt die Genfer Flüchtlingskonvention, Schengen-Regelung und EU-Recht. Damit wurde nicht nur das letzte Vertrauen in eine behauptete Brandmauer untergraben, sondern es stellt auch einen Frontalangriff auf die demokratische Verfasstheit dar. Diese migrationsfeindliche Politik ist eine Fortführung der Forderungen der AfD, die auch die Ampelkoalition mitgeschürt hat, indem Migrationsfragen immer wieder fast ausschließlich als Sicherheitsproblem adressiert wurden. Der Antrag fand schließlich eine Mehrheit mit Stimmen aus den Fraktionen von CDU, FDP und AfD.

Für den Landesjugendring Niedersachsen e.V. ist klar: Über politische Fragestellungen darf in der Sache hart zwischen den Parteien gerungen werden. Niemals jedoch dürfen Mehrheiten mit rechtsextremistischen Parteien gesucht oder auch nur in Kauf genommen werden. Kompromisse und Mehrheiten müssen im demokratischen Spektrum des Parlaments gefunden werden.

Wir fordern Friedrich Merz und die CDU auf: Schützt die Brandmauer zur AfD, sucht die Mehrheiten und Kompromisse im demokratischen Spektrum des Parlaments. Es darf in einem deutschen Parlament keine gewollten oder zufälligen Mehrheiten mit rechtsextremistischen Parteien geben. Dazu gehört auch als demokratische Parteien selbst keine rechtextremistischen und menschenverachtenden Positionen zu vertreten. Das ist eine historische Verantwortung deutscher Politik. Diesen Appell richten wir auch an die CDU in Niedersachsen.

Wir rufen alle demokratischen Parteien im Bund und in Niedersachsen auf, nach dem polarisierenden Wahlkampf zu einer fairen und sachlichen Debattenkultur zurückzukehren. Wir fordern außerdem eine Abkehr von der Illegalisierung der Migration und den rassistischen Migrations- und Asyldebatten.

Nehmen Sie die Sorgen junger Menschen ernst und stellen Sie diese Themen in den Fokus ihrer Politik. So lassen sich die Populist*innen der AfD zurückdrängen, nicht durch die Übernahme ihrer Narrative und Themen.

Awareness

Die Geschäftsstelle des LJR wird gebeten einen Vorschlag für eine Qualifizierungsmaßnahme, unter den unten genannten Gesichtspunkten, zu entwickeln. Der Vorschlag ist dem HA bis Oktober 2025 vorzulegen und danach zeitnah die Schulung anzubieten. Während des laufenden Prozesses ist dem Vorstand zu berichten, die Ergebnisse sind auf der nächsten Vollversammlung vorzulegen.

1. **Einrichtung und Angebot einer Schulung zur Schaffung von Multiplikator*innen im Bereich Awareness:** Der Landesjugendring Niedersachsen entwickelt und bietet eine Schulung an, die Multiplikator*innen ausbildet, um Awareness-Themen in den Mitgliedsverbänden und darüber hinaus zu fördern. Die Schulung umfasst u. a.:

- Grundlagen von Awareness und Sensibilisierung für Diskriminierung, Machtstrukturen und Gewaltprävention.
- Praktische Methoden zur Umsetzung von Awareness-Maßnahmen in der Jugendarbeit.
- Schulung in Kommunikation, Konfliktmanagement und situativer Intervention.

Ziel ist es, die Teilnehmenden zu befähigen, eigenständig Awareness-Konzepte zu entwickeln und diese in ihren jeweiligen Verbänden zu implementieren.

2. **Kommunikation und Förderung des Angebots:**

- Der Landesjugendring informiert die Mitgliedsverbände aktiv über die Schulungsmöglichkeit.
- Es werden geeignete Formate und Materialien zusammengestellt oder entwickelt, um die Bedeutung von Awareness in der Jugendarbeit zu verdeutlichen und das Thema nachhaltig zu etablieren.

AfD-Parteiverbotsverfahren und Stärkung demokratischer Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus

Der Landesjugendring Niedersachsen unterstützt den Antrag des Deutschen Bundesjugendrings „AfD-Parteiverbotsverfahren jetzt!“ vom Juni 2024 und fordert die Stärkung demokratischer Zivilgesellschaft inklusive einer finanziell abgesicherten politischen Jugendbildung.

Nachdem der fraktionsübergreifende Antrag zur Einleitung eines Parteiverbotsverfahren im Bundestag am 30.01.2025 diskutiert und in den Ausschuss zurückgegeben wurde, lässt befürchten, dass das Parteiverbotsverfahren im Bundestag im Sande verläuft.

Der Landesjugendring Niedersachsen e.V. spricht sich aus folgenden Gründen für das Parteiverbotsverfahren aus:

- Große Teile der AfD vertreten verfassungsfeindliche Positionen, die gegen die Grundwerte der Demokratie und Menschenrechte verstoßen. In Niedersachsen ist die Einstufung der AfD als Verdachtsobjekt 2024 um weitere zwei Jahre verlängert worden.
- Mit der Missachtung der Menschenwürde untergräbt die AfD die demokratische Wertegemeinschaft und die Sicherheit vieler Menschen. Sie schürt Ängste durch herabwürdigende Haltungen gegenüber Minderheiten und menschenverachtenden völkischen Nationalismus.
- Die AfD nutzt Parlamente und Gremien als Plattform für sinnfreie Anfragen und destruktive Debattenbeiträge und stört so den demokratischen Prozess.
- Die AfD greift zivilgesellschaftliche Strukturen wie unsere Jugendverbandsarbeit an und kritisiert unsere Wertebildung. Jugendverbände werden von der AfD nicht als wichtiger Akteur beachtet, sie finden weder im Parteiprogramm noch im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2025 Erwähnung.
- Die AfD greift gezielt die finanziellen Förderungen von Jugendverbänden an.
- Die AfD stellt die Legitimität von Jugendverbänden in Frage, indem Themen wie Klimaschutz, Diversität und Antidiskriminierung als ideologisch geprägt kritisiert werden.
- Die Mitgliedsverbände des Landesjugendrings sind offen für alle Kinder und Jugendliche und setzen sich für Vielfalt und Toleranz ein. Dies sind für uns wichtige Prinzipien und Grundwerte unserer Demokratie, die die AfD ablehnt. Sie macht eine jugendfeindliche Politik, in dem Jugendliche in ihrer Darstellung kriminalisiert werden. In ihrem aktuellen Wahlprogramm fordert sie Kürzungen oder sogar Streichungen der Fördermittel für Demokratie-, Vielfalts-, und Rechtsextremismuspräventionsprojekte. Themen, die junge Menschen betreffen, wie Inklusion, Migration, soziale Gerechtigkeit und Europa, inklusive der Erasmusprogramme, werden abgelehnt und sollen aus der Förderung rausfallen.
- Junge Menschen, die noch auf der Suche nach politischer Orientierung sind, werden durch die von der AfD bewusste Verbreitung von Falschinformationen und medialer Hetze verunsichert.

- Die Jugendorganisation der AfD, bis vor kurzem die Junge Alternative (JA), befindet sich gerade in einem Prozess der Neuaufstellung mit dem erklärten Ziel sie stärker an die Partei zu binden. Es ist davon auszugehen, dass die AfD und die JA damit einem Vereinsverbot der JA zuvorkommen wollten. Die neue Jugendorganisation wird also wahrscheinlich, unter neuem Namen und enger mit der Partei verknüpft, weiter die rechtsextremen Tätigkeiten fortführen und versuchen junge Menschen zu verunsichern und zu radikalisieren.

Die AfD arbeitet demnach an der Schwächung demokratischer und zivilgesellschaftlicher Strukturen. Gelder die zur Finanzierung demokratischer Parteien gedacht sind, fließen an Rechtsextreme. Für 2024 zeichnet sich ein neuer Höchststand an rechtsextremen Straftaten ab. Eine Verschiebung der Grenzen des „Sagbaren“, wie sie die AfD betreibt, verstärkt rechtsextreme Einstellungen und senkt die Hemmschwelle zur Gewalt. Ein Parteiverbotsverfahren kann daher nur in Kombination mit der weiteren Stärkung der politischen Jugendbildung und einem wirksamen zivilgesellschaftlichen Engagement effektiv sein.

Wir fordern daher die Sicherung und den Ausbau der politischen Bildung. Nur so können Jugendverbände als unabhängige und engagierte Akteure ihr Potenzial nutzen, um die politische Jugendbildung zu stärken. Durch Bildungsangebote, Partizipationsräume und Kooperationen begeistern sie junge Menschen für politische Prozesse und fördern ihre Mitbestimmung. Gleichzeitig tragen sie dazu bei, zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Rechtsextremismus zu festigen.